

Durch die stetige Entwicklung der Großindustrie nahm die Uhrenproduktion eine ungeheure Ausdehnung. Bei schlechterem Geschäftsgang erfolgte naturgemäß wieder ein Unterbieten der Preise durch die einzelnen Fabrikanten, und diese zügellose Konkurrenz drohte wieder die gleichen Schäden anzurichten wie früher bei der Hausindustrie. Infolgedessen suchte man dem durch sogenannte Konventionen vorzubeugen, indem sich die Fabrikanten, die die gleichen Uhrensorten herstellten, zusammenschlossen und Mindestpreise festsetzten. 1895 schlossen sich die Regulatorfabriken zu einer Konvention zusammen und Ende des gleichen Jahres auch die Fabriken der Amerikaner Uhren. Jedoch sollten die Konventionen nicht von langer Dauer sein, da einige Fabrikanten trotzdem die Preise unterboten. Die Folge war erneute scharfe Konkurrenz, und alle Bemühungen

zu einer neuen Konvention waren leider vergebens. 1908 versuchte man eine Vereinigung der Fabriken, ähnlich den Vereinigten Uhrenfabriken in Schlesien, zu erstreben, aber auch hier kam nur ein Zusammenschluß der Firmen Jung-hans in Schramberg und Thomas Haller in Schwenningen zustande. —

Als im 18. Jahrhundert eine arme Schwarzwaldlerin für die Sonntagsschule einen Aufsatz abfassen sollte, schrieb sie stolz folgenden Vers:

„Ich hab' die Woche gearbeitet in der Uhrmacherei,
Ich weiß, daß es einer der freien Künste sei...“

Möge dieser Geist des Stolzes und der Freude an der Uhrmacherei auch bei uns noch wach bleiben zu weiterer blühender Entwicklung unseres Faches.

Zur Kalkulation der Reparatur- und Verkaufspreise

In Nummer 3 der UHRMACHERKUNST veröffentlichten wir unter der Überschrift „Die teure Uhrenreparatur“ einen Artikel, in dem der Verfasser darauf hinwies, daß — gemessen an der heutigen Teuerung — die Reparaturpreise durchaus viel zu niedrig sind. Dieser Artikel hat uns eine große Anzahl Zuschriften — kritisierende sowohl wie zustimmende — eingetragen. Zwei davon geben wir nachstehend wieder. Zunächst sei nur noch bemerkt, daß seit dem Erscheinen des Artikels — Anfang Februar — die Teuerung weiter fortgeschritten ist. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über die Aufwendungen für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünfköpfigen Familie berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats März auf 2302 gestiegen. Gegenüber Februar (1989) sind die Lebenshaltungskosten um 15,7 % gestiegen, gegenüber Januar d. J. um 40,4 %, gegenüber dem Monat März des Vorjahres um 155,5 %. Ungefähr gleich stark wie die Gesamtausgaben sind im Berichtszeitraum die Ernährungskosten gestiegen, deren Indexziffer für den Durchschnitt des Monats März 3152 beträgt. Gegenüber dem Vormonat bedeutet dies eine Steigerung von 15,6 % gegenüber März 1921 eine Erhöhung von mehr als 165 % des damaligen Standes.

„Der Herr Einsender hat es selbstverständlich gut und ehrlich gemeint, aber nichtsdestoweniger stimmt die Skala nicht, er hat im Rohen die Vervielfältigung vorgenommen.“

Hier heißt es nicht nur, die prozentuale Verteuerung der Lebensmittel, die an sich schon das Dreißigfache beträgt, in Betracht zu ziehen, sondern in erster Linie die der Unkosten in der eigenen Werkstatt. Kostete früher das Liter Benzin 0,45 Mk., so müssen heute 30 Mk. und noch mehr dafür bezahlt werden, also etwa siebenzigmal soviel. Genau so geht es mit all den anderen Sachen, auch mit Kohlen, die fünfzigmal, und Beleuchtung, die hundertmal so teuer sind.

Auch stimmt es nicht genau, daß früher eine normale Reparatur 2,50 Mk. kostete; ich für meine Person habe schon längere Jahre vor dem Kriege 3,50 Mk. genommen.

Ich habe schon einmal hier in einer Innungsversammlung die Äußerung getan, daß die Uhrmacher in bezug auf die jetzige Zeit die wenigste Intelligenz besitzen. Diese Äußerung halte ich voll und ganz aufrecht. Weshalb wir die Zeit nicht erkannt haben, liegt wohl daran, daß der Uhrmacher zu konservativ ist. Auch ist meiner Ansicht nach den Vorständen der Verbände und letztlich auch den der Innungen ein Teil der Schuld beizumessen, da diese als gewählte, berufene Vertreter die Zeit hätten erkennen müssen.

Weshalb soll der Uhrmachergehilfe, der vier Jahre gelernt hat und mit eigenen Werkzeugen arbeitet, nicht mindestens 50 % mehr verdienen als der ungelernete Arbeiter, der heute weit über 10 Mk. die Stunde verdient. Wohl ist es bittere Wahrheit, daß vor dem Kriege ein ungelerneter Arbeiter mehr verdient hat als ein Uhrmachergehilfe, welches wohl die Folge davon war, daß die Reparaturen zu billig waren. Hierin haben unsere Vorfahren schwer gesündigt, und steht es doch wohl nicht an, daß wir uns in dieser Zeit, wo uns die Gelegenheit gegeben ist, alles wieder gutzumachen, noch schwerer versündigen. Ich halte den Preis von 75 Mk. für

eine einfache Reparatur für angemessen und zum mindesten notwendig. Wie das Publikum sich an alles gewöhnen muß, wird es sich auch an diese gerechten Preise nolens volens recht bald gewöhnen. Es ist unsere vornehmste, aber auch heiligste Pflicht, die jetzige Zeit zu erkennen und unseren Stand zu heben, und, was nicht unwesentlich ist, uns lebensfähig zu erhalten.

Julius Steinhoff.“

Herr Kollege J. Bergwald in Cassel macht den Vorschlag, gewissermaßen „gleitende“ Reparaturpreise einzuführen. Er schreibt u. a.:

„Vor 1914 mußten in einem Geschäft mit einem Gehilfen pro Tag drei Reparaturen ausgeführt werden, um leben zu können, heute aber müssen sieben Uhren repariert werden, um nur die Einnahme eines Fabrikarbeiters zu haben. Ich schlage zur Besserung unserer Lage vor, daß die Unterverbände und die Kollegen in kleineren Orten sich die Reparaturpreise auf der Grundlage der Friedenspreise ausarbeiten und der Zentralverband die jeweiligen Teuerungszahlen in der Fachpresse bekannt gibt. Es würde dann z. B. berechnet werden eine einfache Reparatur: $3\frac{1}{2}$ Stunden zu 1 Mk. (früher als Durchschnittsbetrag festgesetzt) + jeweilige Teuerungszahl, z. B. 2300 für März = 8,4 Mk. Wird morgen die Kohle, das Brot usw. teurer, so teilt uns der Zentralverband in der nächsten Nummer der Fachzeitung den neuen Aufschlag mit, und nach Erscheinen der Zeitung kann jeder Kollege den Preis seiner Reparaturen in angemessener Weise festsetzen und auch seine Gehilfen angemessen bezahlen. Kollegen, ich rate Ihnen, lassen Sie uns Friedenspreis + Aufschlag berechnen. Dann werden wir unser Brot finden. Zuviel wird schon nicht verlangt, denn auch vor dem Kriege wurde unsere Arbeit herzlich schlecht bezahlt.“

Eine ähnliche Regelung haben jetzt die Aerzte in Leisnig in Sachsen versucht. Wie wir in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ lesen, haben diese beschlossen, den jeweiligen Brotpreis als Grundlage für die Honorarberechnung zu betrachten. Sie geben das ihrer Kundschaft durch folgenden Wartezimmeranschlag bekannt: „Das dauernde Fortschreiten der allgemeinen Teuerung zwingt uns Aerzte, unsere Honorarforderungen dem sinkenden Markwert anzupassen. Wir werden uns künftig in bescheidenster Weise den herrschenden Brotpreis zur Richtschnur nehmen. Als Mindestsätze gelten daher bis auf weiteres die Friedenssätze von 1914, vervielfacht mit der Zahl, die sich ergibt, wenn der heutige Preis für ein Pfund Brot durch 15 (1914 kostete ein Pfund Brot 15 Pf.) geteilt wird.“ Das kommt ungefähr auf das gleiche heraus, wie die Berechnung nach der Reichsindexziffer, hat aber vor dieser den Vorzug der leichteren Verständlichkeit für das Publikum.

Um Fehler beim Verkauf massiver Waren, die nach dem Gewicht verkauft werden, zu vermeiden, macht Herr Kollege W. Schmalenbach in Gotha einen sehr beachtlichen Vorschlag. Er schreibt uns:

„Trotz aller aufgewendeten Mühe war es in letzter Zeit fast unmöglich, mit dem sprunghaften Steigen der Einkaufspreise im Verkauf gleichen Schritt zu halten. Wie oft habe ich mir nach einem abgeschlossenen Geschäft, besonders in massiven Sachen, gesagt: Hättest du den Gegenstand nicht verkauft, so wäre es